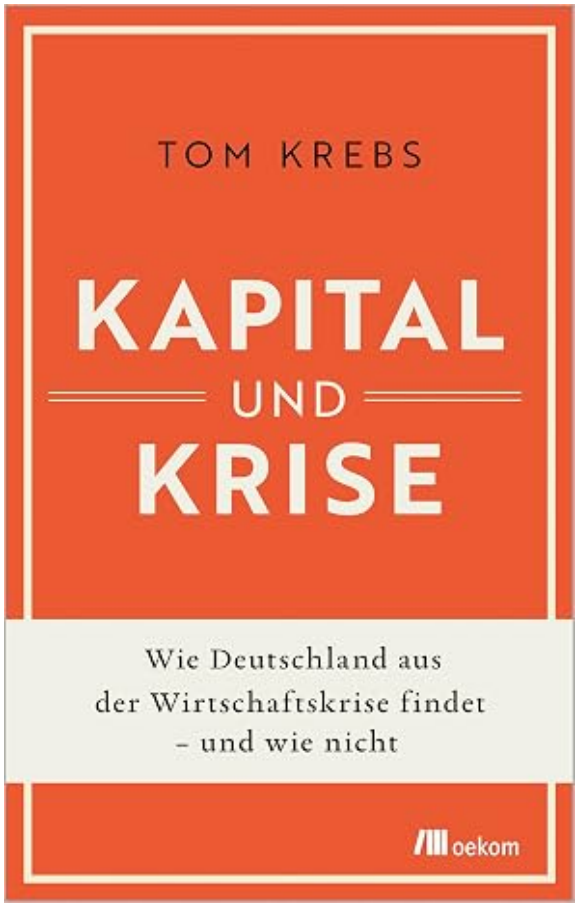
Ein Dreiklang aus ökonomischem Fortschritt, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ist möglich

Posted on 30. Oktober 2026 by Christoph Habermann



Wenn Ökonomen – Frauen sind in den öffentlich wahrgenommenen Wirtschaftswissenschaften noch immer eine kleine Minderheit – sich zur Wirtschafts-,Finanz- und Steuerpolitik äussern, hört man immer wieder die gleichen Formeln: Zu viel Sozialstaat und zu viel Regulierung, zu wenig Wettbewerbsfähigkeit und zu hohe Löhne mit den Beiträgen zu den Sozialversicherungen. Kurz gefasst: Zu viel Staat, zu wenig Markt. Das Besondere an dieser Kritik ist ihre Zeitlosigkeit. Vom Lambsdorff-Papier aus dem Jahr 1982 über Lindners „Wirtschaftswende“-Papier vom November 2024 bis hin zu Kanzler Merz´ Klagen über zu wenig Arbeitsbereitschaft und zu geringe Arbeitsleistung: Immer wieder lassen sich politisch Verantwortliche von Ökonomen die gleiche Litanei aufschreiben, veröffentlichen sie unter eigenem Namen und lassen sich dann

medial von ihren ghost-writern belobigen. Auch eine Form von Insider-Geschäften. Nur wenige Ökonomen, auch Ökonominnen, tanzen aus der Reihe. Tom Krebs gehört dazu

Tom Krebs ist Professor für Makroökonomik und Leiter des Zentrums für Transformationsforschung an der Universität Mannheim, diplomierter Physiker und an der Columbia University in den USA promovierter Ökonom. Was Kritik an der Politik der Bundesregierungen, der aktuellen und ihrer Vorgängerinnen, angeht, ist Krebs kein Leisetreter. Seine Kritik der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik kommt aber von ganz anderer Seite, weil er einen anderen Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirklichkeit hat. Den Grossteil auch der aktuellen Diskussionen hält er für „Scheindebatten". Seinen wissenschaftlichen Kollegen, ihren politischen Nachläufern und dem Grossteil der Medien wirft er naive Markt-Gläubigkeit vor.

In seinem neuen Buch „Kapital und Krise. Wie Deutschland aus der Wirtschaftskrise findet – und wie nicht" kommt er zu einem harten Urteil über die grosse Mehrheit derer, die die wirtschaftspolitische Diskussion dominieren:

> *„Ihr wirtschaftliches Weltbild steht schlicht im Widerspruch zur ökonomischen Realität und taugt nicht als Grundlage für tragfähige Lösungen." Krebs´ Diagnose lautet:*

„Deutschland steht heute vor den Trümmern der verfehlten Energie- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Die grundlegenden Probleme der deutschen Wirtschaft liegen in einem ineffizienten und krisenanfälligen Energiesystem, in fehlenden Investitionen in Industrie und Infrastruktur sowie in einer verunsicherten Bevölkerung, die nicht mehr an eine bessere Zukunft glaubt, und deshalb ihre Konsumausgaben zurückhält."

Der ökonomische Mainstream beruht auf Wunschdenken…

Er plädiert entschieden, mit vielen Zahlen, Daten und Fakten untermauert, für eine neue Wirtschaftsordnung, eine „geplante Marktwirtschaft", die auf der Einsicht beruht, „dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur durch ein gemischtes System aus Markt und Planung erreicht werden kann. Das Ergebnis wäre eine geplante Marktwirtschaft, bei der Markt und Staat sich funktional ergänzen." Aus der Fülle der Themen und Argumente, die Krebs mit vielen praktischen Beispielen darstellt, greife ich wenige heraus, die besonders deutlich machen, wie sich seine Argumentation von der herrschenden unterscheidet.

Auf den Energiepreisschock nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 habe die Bundesregierung insgesamt nicht angemessen reagiert, und daran habe sich bis heute nichts geändert. Krebs

macht einen weit verbreiteten Markt-Fundamentalismus verantwortlich dafür, dass es in Krisensituationen keine echte Gas- und Strompreisbremse gibt. Aus dem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre stamme die Vorstellung, „Preisbremsen und generell staatliche Preiskontrollen“ seien „immer ineffizient und daher keine relevante Option. Doch das ist ein Fehlschluss. Diese angebliche allgemeine Ineffizienz gibt es nur in der Modellwelt der VWL-Lehrbücher, die sehr häufig nur einen Lauf der Dinge kennen: Der unregulierte Markt ist effizient, der Staat immer ineffizient.“ Diese Feststellung gelte über die Energieversorgung hinaus:

> *„Die Analyse des ökonomischen Mainstreams beruht auf dem Wunschdenken, dass Märkte immer zuverlässig funktionieren und niemals überreagieren. Hat sich das in Krisenzeiten so bestätigt? Im Gegenteil. Beispiele aus der (jüngeren) Vergangenheit sprechen eher dafür, dass die Märkte in Krisenzeiten überreagieren und Preise unter anderem durch marktgetriebene Unsicherheit beeinflusst werden.“*

Dabei handle es sich zum einen um „selbsterfüllende Erwartungen und Spekulation auf den Finanzmärkten“ und zum andern um Marktmacht, z.B. der fünf grossen Konzerne, die den Markt für Benzin und Diesel in Deutschland beherrschen. Deshalb gelte für das praktische Wirtschaftsleben jenseits der Lehrbücher: „Sobald jedoch berücksichtigt wird, dass in Krisenzeiten Finanz- und Energiemärkte überreagieren, sind echte Preisbremsen mit dämpfendem Effekt gesamtwirtschaftlich optimal.“ Die Vorstellung, diesem Problem mit dem Kartellrecht beizukommen, scheitere schon am Zeitbedarf für die entsprechenden Untersuchungen und auch daran, dass die zuständigen Behörden „überwiegend mit marktliberalen Ökonom:innen besetzt“ seien.

… und selektiver Wahrnehmung

Die Kritik von ökologischer Seite, Preisbremsen für Strom und Gas bremsten die nötige Transformation aus, weist Krebs mit dem Hinweis zurück, die Transformation, die auch er für nötig hält, werde beschleunigt, „solange die Energiepreisbremse so ausgestaltet ist, dass Strompreise weniger stark steigen als die Preise für Kraftstoffe, Öl und Gas.“

Plakat 1947 (CDU auf wikimedia commons)

Das Gros der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion und erst recht der wirtschaftspolitischen Debatten zieht es vor, sich mit dieser Argumentation erst gar nicht inhaltlich auseinander zu setzen. Das könnte ja Probleme offenbaren. Stattdessen trägt man den Glauben an die grundlegende und immerwährende Überlegenheit des Marktes wie eine Monstranz vor sich her. Glaubenssätze ersetzen die kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Der Markt wird nicht als ein in vielen Fällen geeignetes, in anderen aber wirkungsloses oder Schäden anrichtendes Instrument angesehen, sondern als Dogma, an dem nur Häretiker rütteln. Wer sich nicht aktiv zur Gemeinschaft der Markt-Gläubigen bekennt, wird exkommuniziert und kann froh sein, dass er heute, anders als in früheren Zeiten, nur ignoriert wird.

Wie selektiv der Mainstream der Ökonomen wirtschaftliche Sachverhalte wahrnimmt, macht Krebs am Beispiel der starken Verringerung des Gasverbrauchs in den Jahren 2022/23 deutlich. Viele hätten das als Beleg dafür genommen, dass Sparen funktioniere und höhere Preise für Energie schnell zu Verhaltensänderungen und in der Industrie zu Umstellungen führten. Halte man sich an die Wirklichkeit, an

Zahlen, Daten und Fakten, zeige sich ein ganz anderes Bild: „…es wurde zwar rund 20 Prozent Gas eingespart, doch der Energiepreisschock des Jahres 2022 führte … zugleich zur schwersten Wirtschaftskrise in der deutschen Nachkriegsgeschichte."

In den energieintensiven Branchen der Industrie „ging der Verbrauch zwischen 2021 und 2023 um 17 Prozent zurück… Zugleich ging jedoch auch die Produktion in der energieintensiven Industrie um 17 Prozent zurück. Somit lassen sich 90 Prozent der Energieeinsparungen in der Industrie dadurch begründen, dass energieintensive Unternehmen ihre Produktion heruntergefahren haben." Es ist schon erstaunlich, dass in der öffentlichen Diskussion über die Ursachen für den Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie diese Zahlen so gut wie überhaupt nicht präsent sind.

Bundesregierung setzt auf falsche Instrumente

Um die Verwundbarkeit der deutschen Wirtschaft durch künftige globale Schocks zu überwinden hält Krebs einen grundlegenden Umbau der deutschen Industrie für nötig:

> *„Dazu gehört insbesondere die Umstellung auf eine strom- und wasserstoffbasierte Produktionsweise. Gleichzeitig müssen Strom und Wasserstoff in ausreichenden mengen in Deutschland und Europa auf Basis erneuerbarer Energie erzeugt werden. Nur so lässt sich ene resiliente Wirtschaft schaffen- und damit die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand sichern."*

Die Politik der Bundeswirtschaftsministerin und des Bundeskanzlers weisen in die umgekehrte Richtung. In einer Zeit, in der auch als Reaktion auf die drastisch gestiegenen Preise für Benzin und Diesel immer mehr E-Autos gekauft werden, versucht die Bundesregierung, den Verbrenner-Motor regulatorisch am Leben zu erhalten, und tut viel, um den schnellen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie auszubremsen statt ihn zu beschleunigen.

Auch in der Klimapolitik setzt die Bundesregierung, wie ihre Vorgängerinnen, auf falsche Instrumente. Ein „einheitlicher und hinreichend hoher CO2-Preis" gilt dem ökonomischen Mainstream „als effizientes Instrument zur Erreichung der Klimaziele." Leider, so Krebs, hält die Praxis nicht, was die Theorie verspricht. Die behauptete Lenkungswirkung sei z.B. bei Investitionen in klimafreundliche Zukunftstechnologien begrenzt. Steigende CO2-Preise könnten eben auch zur Einstellung oder zur Verlagerung von Produktionen führen. „Zweitens erweist sich der CO2-Preis häufig als sozial unausgewogen – eine Schieflage, die sich auch durch Transferzahlungen nur begrenzt ausgleichen lässt."

Mit seinem am wirklichen Leben orientierten Blick weist Tom Krebs darauf hin, dass, die Möglichkeit, auf Preissignale zu reagieren und sich vor Mehrbelastungen zu schützen, ungleich verteilt (ist).“ Eine gut verdienende Rechtsanwältin wird wahrscheinlich so wohnen, dass sie eine gute Anbindung mit dem ÖPNV ins Stadtzentrum hat und das nötige Geld, sich ein E-Auto zu kaufen. Bei einer Polizistin, die ausserhalb wohnt, sieht das ganz anders aus:
„Solange es kein ausreichend ausgebautes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln gibt, muss die Polizistin weiter mit dem fossil betriebenen Auto fahren. Eine praktikable klimafreundliche Alternative fehlt. In diesem Fall verfehlt die CO2-Bepreisung ihre intendierte ökologische Lenkungswirkung.“ Für Krebs können CO2-Preise durchaus ein „nützliches Instrument der Klimapolitik“ sein, aber nur dann, „wenn klimafreundliche Alternativen tatsächlich für alle Einkommensgruppen verfügbar sind.“

Das kommt die Stromkunden teuer zu stehen

Auf einem noch anderen Blatt steht, dass gerade jene in Politik und Wirtschaftswissenschaften, die die Förderung erneuerbarer Energien von Anfang an für überflüssig hielten, weil der CO2-Preis, also der Markt, alles am effizientesten regele, sich jetzt mit Macht dafür einsetzen, dass die CO2-Zertifikate nicht so schnell teurer werden sollen, wie das schon lange beschlossen worden war.

Das ist in einer Zeit, in der die Schäden und Belastungen durch die Klimaveränderungen immer sichtbarer und spürbarer werden, unverantwortlich und dazu das genaue Gegenteil der sonst von den gleichen Leuten zurecht geforderten Verlässlichkeit und Planbarkeit staatlichen Handelns für wirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen und Haushalten.

Wie private Gewinninteressen den Umbau der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien unnötig teuer machen, stellt Krebs am Beispiel der Netze für die Stromversorgung dar. In Deutschland befinden sich die „Übertragungsnetze überwiegend in privater Hand oder im Eigentum ausländischer Staaten.“ Der Energiekonzern EON, dessen grösste Tochter Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bis zum Mai 2025 leitete, ist „direkt oder indirekt an rund der Hälfte aller deutschen Verteilnetze beteiligt.

Die Privatisierung der Stromnetze in den 1990er Jahren trägt entscheidend dazu bei, dass die Netzentgelte in Deutschland „in den vergangenen Jahren etwa 35 Prozent über dem EU-Durchschnitt (lagen).“ Das kommt die Stromkunden teuer zu stehen, weil private Netzbetreiber „ihr Eigenkapital von Finanzunternehmen wie BlackRock (beziehen), die eine hohe Rendite auf ihr eingesetztes Kapital erwarten.“ Tom Krebs plädiert deshalb dafür, die Stromnetze zu vergesellschaften, in öffentliches Eigentum zu überführen, mit dem Ziel die Stromkunden zu entlasten:

> *„Der Ausbau der Stromnetze ist mit der gegenwärtigen Struktur, die überwiegend auf private Netzbetreiber setzt, bis zu 100 Milliarden teurer als bei öffentlichem Eigentum. Dieser Verlust entsteht, weil privates Kapital hohe Eigenkapitalrenditen fordert, während die öffentliche Hand das erforderliche Eigenkapital zu deutlich günstigeren Konditionen bereitstellen kann.“*

Auch zu diesem Thema gibt es so gut wie keine öffentliche Diskussion. Statt sich mit den Ursachen zu befassen, wird allgemein über zu hohe Netzentgelte geklagt, die noch dazu missbraucht werden, den möglichst schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien auszubremsen.

Tom Krebs macht noch an vielen weiteren Beispielen deutlich, wie sich die Politik in Deutschland verändern sollte, von der Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen, der allgemeinen Stärkung der Gewerkschaften, über den Bau öffentlich geförderter bezahlbarer Wohnungen bis hin zu einer Bildungspolitik, die nicht länger hinnimmt, dass der soziale Status der Eltern den Schulerfolg von Kindern stärker bestimmt als deren eigene Leistungen.

Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Auch was die wirtschaftlichen Wirkungen der massiven Aufrüstung angeht, tanzt Krebs aus der Reihe des ökonomischen Mainstreams. Während manche seiner Kollegen binnen kurzem von Ökonomie auf Rüstung

umgeschult zu haben scheinen und die angeblich heilende Kraft von Drohnen und anderen militärischen High Tech-Produkten für die deutsche Wirtschaft rühmen, stellt Krebs nüchtern fest:
„Die vorhandene empirische Evidenz legt nahe, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht grösser als 0,5 ist. Eventuell liegt er sogar darunter.

Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft somit höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion. Zum Vergleich: Bei gezielen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden. Für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen.“ Über den neuen „Rüstungs-Keynesianismus“ hat Krebs deshalb ein klares Urteil:

> *„Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der Wirtschaft kein lohnendes Geschäft.“*

Empirische Evidenz scheint in Zeiten massiver Aufrüstung aber nicht gefragt. Wer nicht davon überzeugt ist, dass Russland die Absicht hat und in der Lage wäre, NATO-Staaten anzugreifen, soll mit angeblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die Aufrüstung gewonnen werden.

Seine Vorschläge für ein neues Zusammenwirken von Staat und Markt fasst Krebs zusammen in einem „Deutschlandplan, der fünf Schlüsselelemente enthält:

- strategische Industriepolitik,
- Ausweitung des öffentlichen Eigentums,
- gezielte Preiskontrollen,
- starke Gewerkschaften
- und die effektive Besteuerung grosser Vermögen.

Ein solcher Modernisierungsplan schafft zukunftsfeste Arbeitsplätze und bringt materielle Verbesserungen für viele Menschen. Gleichzeitig werden die Klimaziele erreicht.Kurz gesagt: Der Dreiklang aus wirtschaftlichem Fortschritt, effektivem Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ist möglich.“

Wer es leid und müde ist, zu wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen immer wieder die gleichen Parolen zu hören und die gleichen Rezepte zu lesen, dem ist das Buch von Tom Krebs dringend zu empfehlen. Er widerlegt das Gerücht, Ökonomen seien von Berufs wegen zu Marktgläubigkeit verpflichtet und könnten keine Rücksicht nehmen auf sozialen Ausgleich und ökologische Verantwortung.

Tom Krebs entwirft ein anderes Bild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, vor denen wir in

Deutschland stehen, und er macht andere Vorschläge, wie es besser werden kann. Wer es gelesen hat, wird sich fragen, warum in Radio und Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften und auch in allen anderen Medien, von Ausnahmen abgesehen, immer nur die Fuests, Schularicks und Schnitzers zu Wort kommen. Hätten Journalistinnen und Redakteure nicht die Aufgabe, unterschiedliche Sichtweisen zu präsentieren und nicht nur die herrschenden Meinung? Dass die nicht unbedingt richtig sein muss, sollte ja spätestens seit Galileo Galilei Allgemeingut sein.

Manche werden gegen viele und viele werden gegen manche der Analysen und Vorschläge von Tom Krebs Einwände haben. Genau diese Diskussion ist nötig, um zur fachlich wissenschaftlichen Auseinandersetzung und zum politischen Streit zu kommen, ohne die es keinen Fortschritt gibt. Marktgläubigkeit aber sollten wir uns nicht mehr leisten.

Unter dem Titel „Wider die Marktgläubigkeit – ein Aufruf zur wirtschaftlichen Vernunft“ erschien der Beitrag zuerst auf dem Blog der Republik

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren